medianet.at | Freitag, 27. Jänner 2023 | RETAIL 31

um: Man habe das Jahr "deutlich positiv abgeschlossen", kämpfe aber ebenfalls mit einem Mangel an Fachkräften. "Beratungsintensive Jobs verlangen nach qualifizierten Mitarbeitern – und die sind branchenübergreifend schwer zu finden." Eine Stellschraube, an der man drehen könne bzw. müsse, sei die Vollzeitquote bei Frauen (mehr dazu auf Seite 64).

Unfreiwillig im Ruhestand

"Beim Arbeitskräftemangel gäbe es eine rasche Entlastung, wenn wir den Menschen in der Pension eine lohnnebenkostenentlastende Möglichkeit geben, etwas dazuverdienen zu können", bringt Ernst Mayr, Geschäftsführer von Fussl Modestraße, Anreize für Pensionisten ins Spiel. "Das würde auch Mehreinnahmen für den Staat bringen und für die erfahrenen Mitarbeiter einen gleitenden Übergang in die Pension ermöglichen – eine Win-Win-



Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr – leistbar und flächendeckend in ganz Österreich.

Alpay Güner

Vorsitzender der Geschäftsführung MediaMarkt Österreich



Win-Situation. "Viele seiner Mitarbeiter hätten ihre prinzipielle Lust auf eine Fortsetzung dazu ausgedrückt, doch mache die gegenwärtige Gesetzgebung das Arbeiten in der Pension "sehr unattraktiv".

Neben Schritten zur Angleichung "des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter" setzt sich HV-Geschäftsführer



Insolvenzwelle

Österreichs
Handel verzeichnete 2022 rund
900 Firmenpleiten – eine der größten:
der steirische
Großhändler A.
Hausmann (250
Angestellte).

Rainer Will für den "gänzlichen Entfall der Beitragspflicht zur Pensionsversicherung ab dem Regelpensionsalter" ein, "um auch hier stärkere Erwerbsanreize zu bieten".

Hinzu komme: Österreich sei bei den Lohnnebenkosten EUweit Nachzügler. Will: "Kaum wo in Europa zahlen Unternehmen so viel für ihre Beschäftigten, ohne dass es den Angestellten selbst bleibt. Und abgesehen von Belgien und Spanien ist es in keinem anderen europäischen Land finanziell unattraktiver, seine Arbeitszeit auszuweiten, als in Österreich", wie ein Vergleich der Agenda Austria zeige. "Wenn eine Teilzeitkraft die Wochenarbeitszeit um 50 Prozent ausweitet, steigt der Nettolohn in Österreich nur um 32,4 Prozent. In Schweden sind es hingegen bei gleicher Ausweitung 43,8 Prozent. Daher gilt es, den Faktor Arbeit zu entlasten - das ist das beste Investment in die Zukunft", meint Will.

Inflation frisst Umsatzplus

Was die Jahresumsätze der Händler betrifft, sind diese zwar nominell um 6,3% gegenüber 2021 gestiegen, real (inflationsbereinigt) aber um ein Prozent gesunken – und bleiben somit weiter deutlich hinter 2019. An das Vorkrisenniveau herangekommen ist indes die Zahl der Insolvenzen: Der österreichische Handel verzeichnete 2022 rd. 900 Firmenpleiten und 6.000 Geschäftsschließungen.

Erstmals seit mehr als zehn Jahren nicht gewachsen ist der Onlinehandel, bei dem ein reales Umsatzminus von drei Prozent zu Buche steht; die einzelhandelsrelevanten Online-Ausgaben lagen 2022 bei 8,5 Mrd. €.

Das Schlimmste überstanden? Für heuer ortet Will eine allgemeine Trendumkehr: "Auch 2023 wird für den Handel herausfordernd und anspruchsvoll, aber wir bleiben zuversichtlich. Spätestens im zweiten Halbjahr setzen wir auf eine Normali-

"

Für 2023 erwarten 33 Prozent der Händler eine Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr, ein weiteres Drittel will zumindest die Vorjahresumsätze halten.

Rainer Will Geschäftsführer Handelsverband





sierung des Preisniveaus, welche auf eine Aufschwungphase durch staatliche Kaufkraftmaßnahmen treffen könnte." Für das Gesamtjahr würden 33% der österreichischen Händler eine Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr erwarten, rund ein weiteres Drittel gehe "zumindest davon aus, die Umsätze aus 2022 halten zu können."

Ruf nach Arbeitsmarktreform

Händeringen

Laut jüngster Mitglieder-Blitzumfrage des Handelsverbands (n=203) klagen 45% der Befragten über zu wenige verfügbare Arbeitskräfte und einen starken Rückgang an Bewerbungen; der HV geht von aktuell knapp 35.000 offenen Stellen aus.

Stellschrauben

Die Forderungen der HV-Mitglieder gehen in Richtung neuer Erwerbsanreize für Pensionisten und Teilzeitarbeitskräfte, Entlastungen für Mütter, eine Reduktion der Lohnnebenkosten sowie eine bessere Integration Arbeitsloser in das Erwerbsleben.